



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 5. Mai 2021

Von Wolfgang Liedtke

Wie jedes Jahr in der Mai-Sitzung war die Wahl des neuen Gemeinderatspräsidenten, der Vizepräsidenten und der übrigen Büromitglieder traktandiert. Wegen der andauernden Pandemie konnte bereits im zweiten Jahr im Anschluss an die Gemeinderatssitzung keine Einsetzungsfeier stattfinden. Neben den Wahlen wurden nur wenige Geschäfte behandelt.

Mitteilungen

Stadtrat Renato Günthardt (SVP) informierte über die Änderungen im kantonalen Sozialhilfegesetz in Bezug auf den Einsatz der Sozialinspektoren. Ab Juli 2021 dürfen keine GPS-Tracker mehr eingesetzt und muss eine Observation vom Bezirksrat genehmigt werden. Der Adliswiler Observationserlass von 2018 verliert damit an Gültigkeit.

Stadträtin Karin Fein (FW) informierte über die Einrichtung einer so genannten Echogruppe, über welche die Adliswiler Vereine und Interessengruppen ihre Erwartungen, Anliegen und Befürchtungen betreffend die Entwicklung des Stadthausareals einbringen können. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben, während 4 Wochen über eine Webseite der Stadt zu partizipieren. Stadträtin Fein sicherte eine regelmässige Information des Grossen Gemeinderates zu.

Wahlen zum Gemeinderatspräsidium und Bürokommission

In seinem Rückblick auf das vergangene Amtsjahr ging der scheidende Ratspräsident Sebastian Huber (SVP) auf die durch die Corona-Pandemie verursachten Probleme und Besonderheiten ein. Der übliche Versammlungssaal in der Aula des Schulhauses Hofern musste gegen die Tüfi-Turnhalle und später gegen die Aula der Zurich International School eingetauscht werden, damit die Sicherheitsabstände eingehalten werden konnten. Feiern und der jährliche Gemeinderatsausflug mussten ausfallen. Einladungen als Präsident des Gemeinderates habe er kaum erhalten, so dass er – meinte er scherzhaft - mit dem Gedanken gespielt habe, entgegen der Bestimmung in der Geschäftsordnung für ein zweites Amtsjahr zu kandidieren. Bei der Parlamentsarbeit war ihm besonders aufgefallen, dass häufiger als früher geheime Wahlen oder namentliche Abstimmung verlangt worden waren und dass Bepflanzungen ein beliebtes Thema der Debatten waren. Als weniger erfreulich, aber notwendig bezeichnete er den Rechtsstreit mit dem Stadtrat und die Frage, ob Letzterer eine Motion des Gemeinderates zurückweisen könne.

Vize-Präsident Simon Schanz (CVP) lobte die Coolness des scheidenden Präsidenten. Der Fraktionspräsident der SVP, Urs Künzi, lobte die Effizienz Sebastian Hubers.

Zur Wahl des neuen Präsidenten wurde der amtierende Vizepräsident Simon Schanz (CVP) von der Interfraktionellen Konferenz (IFK) einstimmig vorgeschlagen. Weil sich zu viele Gemeinderäte nicht an die eigene Empfehlung hielten, fehlte Simon Schanz im ersten Wahlgang eine Stimme. Im zweiten Wahlgang wurde er dann mit überzeugenden 25 von 34 Stimmen gewählt. In seiner Antrittsrede wertete er seine Wahl als offene Haltung des Parlaments gegen über neue und junge Politiker (er ist mit 25 Jahren der bisher jüngste Präsident und erst seit 2018 Gemeinderatsmitglied). Er sprach über die Bedeutung des Vereinslebens in Adliswil und teilte mit, dass ihm Sacharbeit und Lösungen aus der Mitte wichtiger seien als unnötig lange Debatten und Fensterreden.

Jeweils im ersten Wahlgang wurden zum 1. Vizepräsidenten Wolfgang Liedtke (SP), zum 2. Vizepräsidenten Reto Buchmann (FDP) gewählt. Der Vorschlag der IFK zur Besetzung der Bürokommission wurde nicht vermehrt, so dass der Vorschlag der IFK in stiller Wahl bestätigt wurde.

Fragestunde

Ausschreibung der Arbeiten am Stadthaus – Echogruppe Stadthausareal – Gefällte Bäume an der Zürichstrasse – Verschiebung der Bushaltestelle Adliswil-Sunnau

In der vergangenen Sitzung hatte Keith Wyss (SVP) um eine Stellungnahme zu den Vorwürfen, dass bei der Stadthausenerweiterung vorwiegend Firmen aus anderen Kantonen zum Einsatz gekommen seien, gebeten. Stadträtin Karin Fein (FW) schilderte die Vorgaben für Submissionen im Staatsvertragsbereich und informierte über die Zahl der regionalen und nicht-regionalen Unternehmen, welche am Bauprojekt Stadthaus beteiligt sind. Sie wies darauf hin, dass gemäss den Erfahrungen der Verwaltung häufig bei öffentlichen Ausschreibungen wenige oder gar keine Angebote aus der Region Adliswil eingingen.

Ann-Kathrin Biagioli (GLP) wollte wissen, wieso keine Behördenmitglieder, insbesondere keine Gemeinderäte an der Echogruppe für das Stadthausareal zugelassen würden. Stadträtin Karin Fein (FW) erläuterte, dass dies eine Entscheidung wäre, welche das mit der Moderation beauftragte Unternehmen getroffen habe. Ziel sei, die Bevölkerung an der Basis anzusprechen. Später würde das ausgearbeitete Konzept auf den politischen Weg geschickt. Behördenmitglieder könnten sich über die Mitglieder der Echogruppe oder aber wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger über die Webseite einbringen, die im Laufe des Prozesses für vier Wochen aufgeschaltet werden soll.

Katya Willimann (SP) bezog sich auf die Aussage der kantonalen Baudirektion in einer Informationsveranstaltung im März, dass beim Ausbau der Zürichstrasse keine Bäume gefällt werden mussten. Zwischenzeitlich seien Bäume gefällt worden und es wäre nicht ausgeschlossen, dass weitere Bäume gefällt würden. Sie wollte vom Stadtrat wissen, ob die gefällten Bäume – wie in der Stadt Zürich üblich – durch Neupflanzungen ersetzt würden. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) wies in ihrer Antwort darauf hin, dass es sich um ein Projekt der kantonalen Baudirektion handele. Ausserdem hätten die gefällten Bäume auf Flächen gestanden, welche der Kanton erworben haben. Man würde sich aber dafür einsetzen, dass möglichst wenig Bäume weichen müssten.

Mit einer mündlichen Frage erkundigte sich Gabriel Mäder (GLP), welche Regelung für die in Richtung Adliswil verschobene Bushaltestelle Adliswil-Sunnau gelten soll. Angekündigt worden war, dass diese Bushaltestelle sowohl der ZVV-Zone 110 als auch 150 zugeordnet würde, so dass keine Nachteile für die Nutzer des öffentlichen Verkehrs entstünden. Tatsächlich aber würde der ZVV bei Fahrten von Sunnau nach Zürich Tickets für zwei Zonen verlangen. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erklärte, dass sie dies abklären müsse und sagte eine Beantwortung für die kommende Sitzung zu.

Bericht der GPK zur Oberaufsicht

Nach weiteren Wahlen für die Nachfolge des zurückgetretenen Präsidenten der Sachkommission - gewählt wurde Walter Übersax (CVP) – erstattete der Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Wolfgang Liedtke (SP), den jährlichen Bericht zur Oberaufsicht. Die GPK hatte die Geschäftstätigkeit des Stadtrates im Rahmen seiner ausserordentlichen Kompetenzen während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 überprüft. Der Schwerpunkt der Oberaufsichtsarbeit lag bei der Prüfung des Risikomanagements des Stadtrates und der Verwaltung. Hier galt auch besondere Aufmerksamkeit der Kontrolle des Stadtrates über die städtische Pensionskasse. Ausserdem wurden die Vergabe des Brokermandats für Versicherungsverträge sowie ein Observationseinsatz im Rahmen des Sozialhilfegesetzes im Jahr 2019 untersucht.

In einer kritischen Würdigung der Arbeit der GPK gab Mario Senn (FDP) einige Anregungen für die weitere Arbeit und kritisierte einzelne Aussagen des Berichts. Sait Acar (SP) würdigte die Arbeit der GPK mit den folgenden Worten:

Vielen Dank an die GPK für ihre Arbeit im Bereich der Oberaufsicht und für ihren Bericht. Dieser Bericht zeigt, dass die GPK ihre Aufgabe im Bereich der Oberaufsicht gewissenhaft und – falls erforderlich – auch hartnäckig ausübt. Dabei handelt die GPK transparent. Dies zeigt nicht zuletzt der Aufwand, welchen die GPK zur Erstellung ihres Leitfadens auf sich genommen hat. Der Leitfaden zeigt auch, dass die GPK sich fachliche Unterstützung von externen kompetenten Stellen, hier vom Gemeindeamt, holt.

Der Grosse Gemeinderat beauftragt die GPK sehr selten mit der Vorprüfung von Geschäften. Wir sollten die Kompetenzen, die wir in der Gemeindeordnung und in unserer Geschäftsordnung der GPK gegeben haben, gezielt einsetzen, um das Parlament in seiner Aufgabe der Kontrolle der Exekutive optimal zu unterstützen.

Abschliessend bedankte sich Liedtke für die Voten und die Anregungen und verteidigte die Befunde der GPK.

Schaffung einer Stelle für Gemeinwesenarbeit

Als letztes Traktandum hatte der Gemeinderat einen Antrag des Stadtrates zur Schaffung einer Verwaltungsstelle zur Koordination der Gemeinwesenarbeit zu beraten. Zur Unterstützung seines Legislaturziels, Zusammenleben und Gemeinschaftlichkeit zu fördern, soll eine professionelle Begleitung von Quartierarbeit durch Vereine oder Privatpersonen ermöglicht werden. Erfahrungen konnte die Stadt bereits in einem fünfjährigen Projekt zur Förderung des Gemeinwesens im Quartier Rellsten-Zopt-Oberleimbach sammeln. Beantragt war eine 90-Prozent-Stelle mit jährlichen Kosten von CHF 130'000.

Für die vorberatende Sachkommission sprach Angela Brogini (Grüne). Sie berichtete von der Diskussion in der Sachkommission darüber, ob es sich bei der Gemeinwesenarbeit um eine städtische Aufgabe handele oder ob nicht Vereine und Kirchengemeinden hier zuständig seien. Die Sachkommission habe den Antrag des Stadtrates mit 7 zu 2 Stimmen befürwortet. Sebastian Huber (SVP) wertete die Gemeinwesenarbeit als wichtige Aufgabe, die man aber in Zusammenarbeit mit den Vereinen ausüben müsse. Er fragte, warum man den Umfang der Stelle auf 90 Prozent festgelegt habe und nicht auf 100 Prozent, was für Bewerber sicherlich attraktiver wäre. Für die SP-Fraktion sprach Katya Willimann:

Die SP begrüsst die Einrichtung einer 90%-Stelle der Gemeinwesenarbeit. Unsere Stadt ist im Wachstum und wandelt sich, neue Quartiere sind entstanden und weitere sind im Entstehen. Es sind nicht nur das Wachstum und die Veränderung der Stadt, auch unser Lebensstil, der sich unter anderem verändert hat.

Es hat sich gezeigt, dass die vorgängigen Quartier-Projekte einen Mehrwert für die Bevölkerung darstellten. Ein Beispiel ist das Projekt Rellsten-Zopf-Oberleimbach. Hier konnten betagte Menschen in dieser schwierigen Corona-Zeit durch die vom Projekt geleistete Arbeit einfacher an Hilfe und Unterstützung gelangen und waren sich nicht selbst überlassen. Für alle Bevölkerungsgruppen von jung bis alt ist die geplante Stelle eine Chance, eine Anlaufstelle zu haben.

Wir von der SP sind überzeugt, dass es gerade für Menschen aus anderen Kulturen schwierig ist, sich in Adliswil einzubringen und Kontakte zu knüpfen. Darum sehen wir diese Stelle als grossen Gewinn, damit die Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern, die in den Quartieren wohnen, sich besser kennenlernen können ...

Personen, die motiviert sind und sich in der Gemeinde einbringen möchten, erhalten eine Anlaufstelle für ihre Ideen, Anliegen und Projekte. Sie werden durch Fachpersonal professionell unterstützt und durch die verschiedenen Prozesse begleitet. Ressourcen können zur Verfügung gestellt und genutzt werden. Die Stelle bietet unter anderem einen Gesamtüberblick der diversen Projekte in den Quartieren unserer Stadt...

Für die FDP-/EVP-Fraktion formulierte Vera Bach Vorbehalte und kündigte eine kritische Beobachtung an. Sie räumte ein, dass Adliswil möglicherweise eine kritische Grösse erreicht habe, welche die Schaffung einer solchen Stelle erforderlich mache, und warnte vor einem Ausbau dieser Stelle vor einer gründlichen Auswertung ihrer Wirkung. Ann-Kathrin Biagioli (GLP) stellte fest, dass es an Integration und Koordination in der Gemeinwesenarbeit noch fehle. Sie bedauerte in diesem Zusammenhang, dass der Vorstoss der SP zur Schaffung eines Gemeinschaftszentrums vor einigen Monaten abgelehnt worden war. Sie stimmte dem Antrag im Grundsatz zu, fand die vorgesehene Aufgabenbeschreibung aber ambitioniert und hätte deshalb eine zunächst befristete Stelle für besser befunden. Heinz Melliger vertrat für die Freien Wähler die Ansicht, dass der Antrag unnötig sei, da die geschätzten Kosten für die Stelle bereits budgetiert seien. Seine Fraktion setzte sich ein für die Einstellung einer in Adliswil stark vernetzten Person mit «Adliswiler Genen».

Der Antrag des Stadtrates wurde einstimmig ohne Enthaltung angenommen. Da es in der Sachkommission noch zwei Gegenstimmen gegeben hatte, musste eine Fraktion – vermutlich die FDP-/EVP-Fraktion, die in der Debatte die grössten Vorbehalte formulierte - ihre Haltung angepasst haben.